Zeitschrift: Neujahrsblatt / Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel

Herausgeber: Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel

Band: 175 (1997)

Artikel: Zwischen Isolation und Integration : Geschichte der Katholischen Volkspartei Basel-Stadt 1870-1914

Autor: Meier-Kern, Paul

Kapitel: E.: Ins Ghetto - aus dem Ghetto?

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1006836

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

E. Ins Ghetto – aus dem Ghetto?

Zürich und Basel

In beiden Städten waren die Katholiken in der Minderzahl, sie waren Diaspora-Katholiken. «Es ist etwas Ärmliches und Kümmerliches um den Katholizismus der Diaspora», schrieb der erste katholische Basler Gymnasiallehrer und Mitgründer der Basler Sektion der Neuen Helvetischen Gesellschaft, Dr. August Rüegg, am 7. Mai 1937 im BV. «In der kalten Luft der Diaspora fühlt er (der Katholik, M.) sich auf Schritt und Tritt eben durch seinen Katholizismus in seinem äussern Fortkommen gehindert…Sein Kredit (schwankt) sozusagen immerfort auf der messerschneidescharfen Basis seines persönlichen Könnens und Leistens.»

Um dieselbe Zeit führte der Zürcher Generalvikar Alfred Teobaldi[287] aus: «Diaspora-Katholiken dürfen nicht schlechtere, sondern müssen womöglich bessere Christen sein als die Katholiken in katholischer Umgebung; denn sie sind auf sich selbst gestellt. Sie haben nichts, was sie äusserlich stützt und trägt, die Atmosphäre, in der sie leben, ist kälter und rauher…Eine der grössten Gefahren für den Katholiken in der Diaspora…ist die Gefahr der geistigen Entwurzelung.»

Diese beiden fast identischen Beobachtungen aus den dreissiger Jahren haben für die Zeit der Jahrhundertwende noch viel stärkere Geltung. Allerdings war «für die Minoritätssituation nicht so sehr die zahlenmässige Unterlegenheit als vielmehr die soziologische Inferioritätssituation entscheidend. Im 19. Jahrhundert galten die Katholiken in Zürich als Fremde» (Altermatt).

Und wie die Basler versuchten auch die Zürcher Katholikenführer und der Klerus, ihrer gefährdeten Gemeinde eine «neue geistige Heimat» (Teobaldi) zu schaffen. Dabei war der Katholikenanteil an der Zürcher Stadtbevölkerung schwächer als in Basel. Er betrug 1850 7% (Basel 17%), 1870 13% (Basel 25%), und 1900 25% (Basel 33%). Daraus erklärt sich bei den Vereinsgründungen die zeitliche Verzögerung zu Basel. Es entstanden 1863 der Gesellenverein (Basel 1859), 1873 der Männerverein (Basel 1870), 1877 der Mütterverein (Basel 1859), 1889 der Jünglingsverein (Basel 1879), 1896 die Jungfrauenkongregation (Basel 1877 als Marienverein) und 1890 die Merkuria (Basel 1886).

Auch in Zürich ist die katholische Partei aus dem Männerverein herausgewachsen. Vielleicht orientierte sich dieser Verein bei der Abfassung der Statuten am Basler Katholikenverein, denn einige Formulierungen könnten aus den Basler Statuten stammen: Nicht nur bezweckt der Verein die «grössere Einigung» der Katholiken, sondern eines seiner Ziele ist die «Belehrung und Aufklärung der Mitglieder über kirchliche und politische Fragen…durch Lesung entsprechender Zeitungen».[288] Aus dem Männer- und Arbeiterverein, wie er sich später nannte, formierte sich schon 1896 die katholische Par-

tei. Sie wurde «1905 als ‹Christlichsoziale Partei› (CPS) reorganisiert und auf ein neues Fundament gestellt» (Altermatt).

Aber wie in Basel war der Wähleranteil bescheiden: Nur 8–10% (das heisst jeder dritte Katholik) wählten die katholische Partei. Auch hier gilt es, den hohen Ausländeranteil bei den Katholiken zu berücksichtigen. 1910 betrug er in Zürich sogar 60% (Basel 55%). Teobaldi stellte in den fünfziger Jahren die Faustregel auf, dass «nur ein Drittel aller Katholiken wirklich aktiv praktiziert, ein weiteres Drittel noch ein Minimum seiner religiösen Pflichten erfüllt und das letzte Drittel überhaupt nicht mehr mitmacht». Das deckt sich genau mit den Beobachtungen Pfarrer von Strengs für die Basler Clarapfarrei 1919: Ein Drittel war praktizierend, ein weiteres Drittel indifferent, und das letzte Drittel hatte sich von der Kirche abgewendet[289].

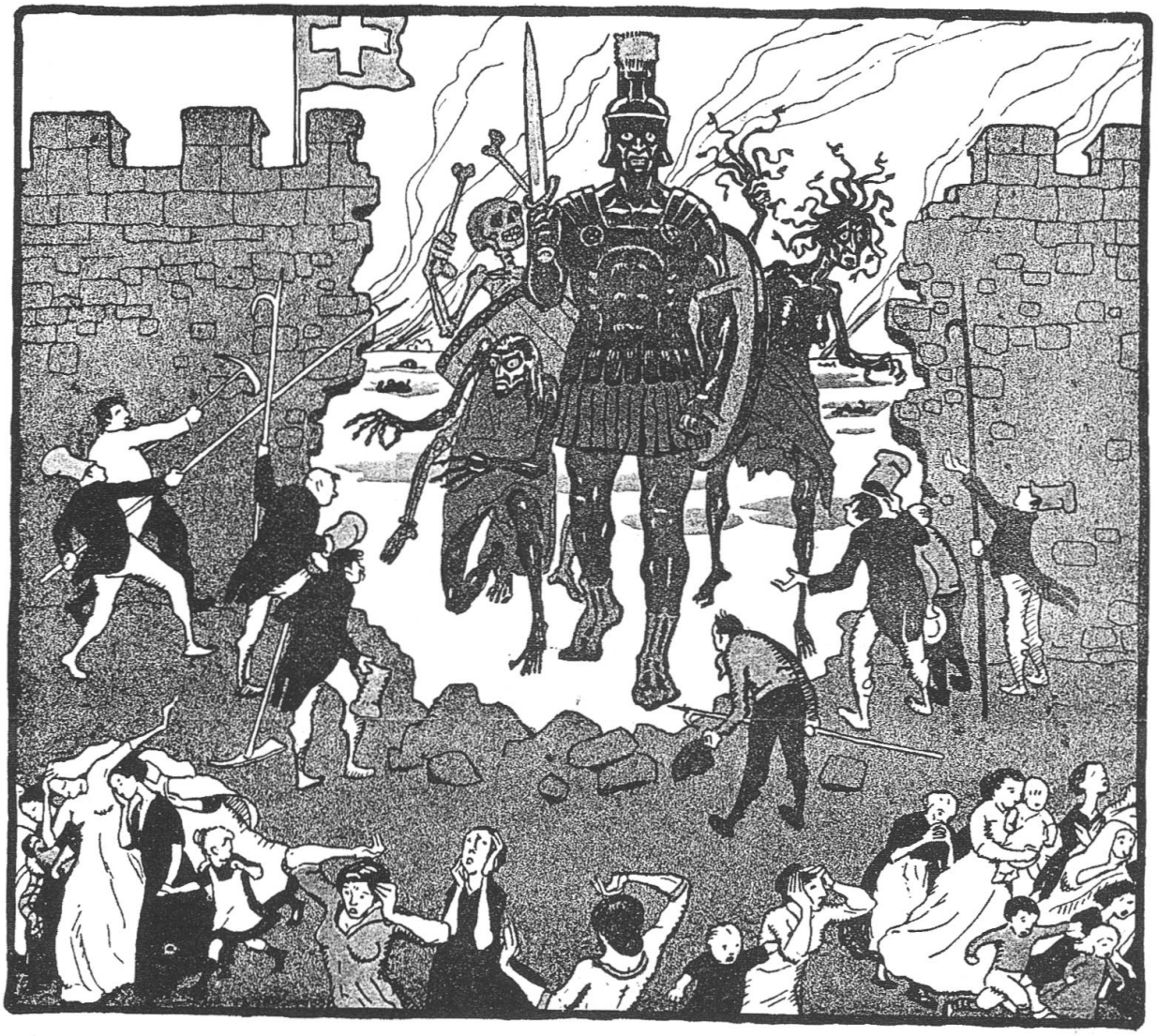
Auch die Zürcher hatten ihre katholische Zeitung. 1896 erschienen erstmals die «Zürcher Nachrichten», ab 1904 hiessen sie «Neue Zürcher Nachrichten». Mit starker Verspätung zu Basel errang die Zürcher Partei höhere politische Ämter: 1918 gab es einen christlichsozialen Bezirksrichter, 1923 einen katholischen Präsidenten des Grossen Stadtrates von Zürich, 1933 wurde ein Christlichsozialer in den exekutiven Stadtrat gewählt, und erst 1963 gelang der Sprung in die Kantonsregierung (Basel 1919). Wieso hinkte Zürich so stark hintennach? War Basel etwa aufgeschlossener und toleranter als die Zwinglistadt Zürich?

Die politische Entwicklung nach 1914

Woher stammt eigentlich der Name «Volkspartei»? Der Ausdruck wurde offenbar aus schweizerischen Gründungen übernommen. «Volkspartei» nannten sich diese Parteien, weil sie das ganze katholische Volk durch alle Schichten vertreten wollten, aber auch «im Gegensatz zur (freisinnigen, M.) Beamten- und Herrenpartei»[290]. Hingegen hat der Basler Partei das Attribut «konservativ» nie behagt. «Ein schriftlich eingereichter Antrag eines abwesenden Delegierten auf Änderung des Namens in ‹Konservative Volkspartei› (in Angleichung an die Schweizer Partei, M.) wird einstimmig abgelehnt»[291].

Trotz dieser Haltung entfernte sich die KVP im Laufe des ersten Jahrzehnts nach der Jahrhundertwende immer weiter von den Sozialdemokraten, deren Ziele teilweise mit den Programmpunkten der katholischen Partei übereinstimmten und deren Kandidaten sie manchmal sogar unterstützt hatte. Die Sozialisten ihrerseits ordneten die Katholiken immer expliziter als Bürgerliche ein. Das galt nicht zuletzt auch für Ernst Feigenwinter persönlich.

«Man erinnert sich auch, dass erst vor kurzem der Führer der Katholiken, Herr Dr. Ernst Feigenwinter, im Grossen Rat den Freisinnigen und Liberalen eine Allianz zur Bekämpfung der Sozialdemokratie antrug!» schrieb der «Vorwärts» während des Wahlkampfs um den Grossen Rat am 6. Mai 1911. Neben Feigenwinter war die Zielscheibe der sozialistischen Angriffe vor allem Gregor Stächelin. Drei Zitate aus demselben



Die acht auf die Ablehnung der Vaterlands-Verteidigung eingeschworenen sozialdemokratischen Kandidaten an der Arbeit, den Krieg in's Land zu lassen.

Wir bedanken uns für eine solche Vertretung und wählen den

NATIONALEN BLOCK

Wahlkampf aus dem «Vorwärts» vom 4. Mai 1911: «Gregor Stächelin (Katholik) warnt davor, die höher Besteuerten noch weiter zu belasten, da diese sonst fortgehen könnten.» Oder, Stächelin sagte, «dass es im Staatsbetrieb überhaupt keine fleissigen Leute mehr gebe, da der Faule gleich viel Lohn erhalte wie der Fleissige». Oder, über die angeblich so soziale KVP: «Den grössten Spekulanten Basels, Gregor Stächelin-Allgeier, hat sie ja allerdings in ihren Reihen.»

Diese Links-Rechts-Polarisierung setzte sich im Ersten Weltkrieg fort und erreichte einen ersten Höhepunkt in der Bildung eines Bürgerblocks. Initiant war vermutlich der freisinnige Grossrat V.E. Scherer, den Namen «Nationaler Block» trug Dr. Oskar Schär bei. Im Vorfeld der Nationalratswahlen von 1917 trafen sich am 20. September 1917 die Vertreter der vier bürgerlichen Parteien (Liberale, Freisinnige, Fortschrittliche Bürgerpartei und Katholiken) zu einer Besprechung. (Laut KV-Protokoll vom 19. September 1917; leider fehlen im Protokollbuch die weiteren Eintragungen, so dass sich Einzelheiten dieser Blockbildung nicht beibringen lassen.)

Dieser Block beanspruchte fünf der sieben Basler Sitze und sicherte dem schwächsten Partner (ohne die Demokratische Partei) ausdrücklich einen Sitz zu.

Der Wahlkampf war äusserst heftig und drehte sich um die Militärkredite, d.h. für oder gegen die Landesverteidigung. Die Wahlbeteiligung betrug 77%! Tatsächlich trat dann der gewählte Liberale Dr. W. Vischer freiwillig zurück und räumte seinen Platz für Ernst Feigenwinter, der offenbar von den bürgerlichen Wählern noch mit Misstrauen angesehen worden war. Im 2. Wahlgang waren sie immerhin loyal genug, ihm ihre Stimme zu geben. Eine Mitschuld an der Blockbildung scheint allerdings die Sozialdemokraten zu treffen: Die Katholiken wollten nämlich eine gemeinsame Liste *aller* Parteien, doch weigerte sich die SP mitzumachen[292].

Endgültig vollzog sich die Einschmelzung ins bürgerliche Lager im Landesstreik 1918. Er ermöglichte 1919 in der Person von Dr. R. Niederhauser die Beteiligung der KVP im Regierungsrat. Trotzdem geht es nicht an, die KVP als «Juniorpartner des Bürgerblocks» deswegen in die «rechtskonservative» Ecke zu stellen (Stirnimann/Mattioli).

Das beweist der Parteitag der KVP vom 27. November 1918, an dem folgende Postulate des Vorstands einstimmig angenommen wurden (zitiert im BV vom 28. November 1918):

1. Neuwahl des Nationalrats nach Proporz
2. Volkswahl des Bundesrats
3. Totalrevision der Bundesverfassung
4. Die 48-Stunden-Woche
5. Festsetzung von Mindestlöhnen
6. Eine Alters-, Invaliden- und Hinterlassenenversicherung
7. Tragung der Kriegskosten durch die Besitzenden.

Von diesen allgemeinen Forderungen entsprechen vier wesentliche, nämlich die Punkte 1, 4, 6 und 7 den Forderungen des Oltener Komitees. Was fehlt, ist das Frauenwahlrecht und die Reform der Armee.

Auch für den Kanton wurden drei Postulate angenommen:

1. Einführung des Proporzes für die Regierungsratswahlen.
2. Revision der Steuergesetze im Sinne einer stärkeren Heranziehung der besitzenden Klassen.
3. Einführung einer allgemeinen Alters-, Invaliden- und Hinterlassenenversicherung.

An dieser Versammlung meinte Feigenwinter: «Unser soziales Programm ist nicht von heute. Wir Katholiken müssen nicht vom dröhnenden Schritt der Arbeiterbataillone an unsere Pflicht erinnert werden.» Konservativer tönte es bei August Rüegg: «Wir Katholiken wollen alle solidarisch zusammenstehen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Der alte patriarchalische Familiengeist der katholischen Kirche möge uns beseelen.» Was die KVP 1918 sein wollte, nämlich eine Partei des Ausgleichs und der Mitte, brachte Grossrat Zgraggen, Feigenwinters Nachfolger als Nationalrat, auf den Punkt: «Wir haben zwei Feinde: den Kapitalismus und den Sozialismus.»

Merkwürdigerweise fehlt bei Leo Hänggi jeder Hinweis auf diesen wichtigen Parteitag.

Die Katholiken im Ghetto?

Die aktiven Katholiken bildeten im 19. Jahrhundert, besonders zur Zeit des Kulturkampfes, eine «Sondergesellschaft» (Altermatt). Die «Basler Nachrichten» vom 4. Oktober 1883 sahen in der Konstituierung der Römisch-Katholischen Gemeinde als freier Kirche einen Akt der Absonderung: «Damit hat die RKG klar und deutlich sich zu dem propagandistischen Geiste des Ultramontanismus und Vatikanismus bekannt und es ausgesprochen, dass sie willens sei, die dem modernen Staate feindseligen Ziele und Zwecke derselben zu verfolgen.» Man sah in den Katholiken «nur Bürger statt Bürgen des demokratischen Staats»293. Diese Absonderung war der Preis für die innere Geschlossenheit der Katholiken; ihre Ersatzheimat fanden sie in den zahlreichen Vereinen, die vom Klerus sorgfältig betreut wurden. Entwurzelt, oft dem bäuerlichen Milieu entrissen, waren die Katholiken immer in Gefahr, sich zu assimilieren. So wandte sich z.B. Abbé Joye «in scharfen, aber leider nur zu wahren Worten gegen die neutralen Turnvereine, in denen sich die Freundschaften bilden und die den katholischen Jüngling seiner Kirche entfremden»294. Die Katholiken waren sich ihrer Abgeschlossenheit wohl bewusst. Noch 1965 erinnert sich Alfred Mutz295: «In Basel lebten die Katholiken damals (etwa 1915, M.) immer noch in einem verhüllten Ghetto. Sie waren verachtet, von vielem ausgeschlossen, von manchen verhöhnt und mit wenig Toleranz behandelt.» Das empfand das BV vom 20. März schon 1888 so: «Gerade den Katholiken hat man ein Fernbleiben vom öffentlichen Leben schon zum Vorwurf machen wollen, man hat die katholische Gemeinde wegen ihrer Abgeschlossenheit einen ‹Staat im Staat› genannt.»

Doch gerade diesen Vorwurf wollten die Katholiken nicht auf sich sitzen lassen. Ein Verdienst der Partei ist es, einen Weg aus diesem Ghetto gesucht zu haben durch aktive Teilnahme am staatlichen Leben, allerdings ohne dabei die Grundsätze zu verleugnen, denn «man fühlte sich zur unbedingten, restlosen Verteidigung, eben Apologetik der

Kirche, so wie sie eben war, einfach verpflichtet»[296]. Diese Verteidigungshaltung und die «liebevoll gepflegte Erinnerung an den Kulturkampf begünstigte das Aufkommen einer falschen Wehleidigkeit auf katholischer Seite»[297] – wie sie noch bei Leo Hänggi spürbar wird.

Daneben aber ist der Wunsch vieler Katholiken zu fühlen und im Katholikenverein auch auszumachen, sich trotz aller klerikalen Warnungen ins Stadtleben zu integrieren. Als Beispiel mag hier an den allgemeinen Wunsch des Vereinsvolkes im KV zur Teilnahme an den St. Jakobsfeiern erinnert werden. Wahrscheinlich war die Haltung vieler Basler Katholiken eben ambivalent: Man wollte zwar katholisch bleiben, aber auch ein guter Basler sein. Halbwegs glaubte man dieses Ziel schon 1914 erreicht zu haben: «Der Bann der Vorurteile ist gebrochen, und er muss noch weiter gebrochen werden. Wir müssen den Beweis leisten und leisten ihn, dass in der Erfüllung der Bürgerpflichten und in der Sorge um das allgemeine Wohl, in der Pflege der Rechts und des Bürgersinns wir hinter keiner andern Partei zurückzutreten brauchen» (so im BV vom 18. April 1914).

Doch sollte es bis zum Vaticanum II dauern, bis die Katholiken dieses Gefühl, Bürger zweiter Klasse zu sein, verloren. Vorher war immer «spezifische Empfindlichkeit» (Daniel Künstle[298]) zu spüren, oder wie Künstle meint, «der Katholik *erwartet* eine konfessionelle Diskriminierung». So wurde der Ghettogedanke noch lange – zu lange – gepflegt als Schutz und Selbsterhaltung zugleich[299]. Positiver drückt es Altermatt[300] aus: «Der Weg ins Ghetto war Voraussetzung für den Weg aus dem Ghetto.»